

Eindrückliche Demonstration in Bern.

EisenbahnerInnen gegen Lohnabbau

Rund 10'000 Eisenbahnerinnen haben am 8. August mit einer Grossdemonstration deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, für die verfehlte Verkehrspolitik nun auch noch mit ihrem Portemonnaie geradezustehen. Trotz dieser Warnung will der Bundesrat beim Parlament eine Lohnsenkung von 1,5 Prozent beantragen. Die Eisenbahnergewerkschaft SEV droht mit weiteren Aktionen.

Der Demozug vom Kursaal zum Bundeshaus war lang, sehr lang. Die zahlreich mitgeführten Transparente sprachen eine deutliche Sprache: „Finger weg vom Lohn“, „Das Personal ist kein Sündenbock für verfehlte Politik“, „Lohnabbau - nicht verhandelbar“, Um die 10'000 Menschen, vor allem Eisenbahnerinnen, fanden sich schliesslich auf dem Bundesplatz ein, um den Kampf gegen den drohenden Lohnabbau aufzunehmen.

Vorgängig hatte ein ausserordentlicher SEV-Kongress mit über 500 stimmberechtigten Delegierten über mögliche Massnahmen gegen einen Lohnabbau debattiert. Eine Berner Sektion verlangte, dass spätestens einen Monat nach einem Lohnkürzungsbeschluss des Parlamentes die Arbeit niedergelegt werden sollte. Die SEV-Geschäftsleitung wollte sich mehr Freiheiten offen lassen, um mehrere mögliche Kampfmassnahmen zu prüfen - vom Streik bis hin zu einer Blockade der Gotthardautobahn, um auf die verkehrte Verkehrspolitik aufmerksam zu machen. Mit 251 zu 181 Stimmen setzte sich die GL schliesslich durch. In der Verkehrspolitik forderten die SEV-Delegierten, dass die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und der Alpenschutzartikel endlich um-zusetzen sind, um die Wettbewerbssituation zwischen Schiene und Strasse zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu korrigieren.

Bundesrat will Lohnabbau

Trotz der eindrucklichen SEV-Demonstration hat der Bundesrat am 21. August beschlossen, dem Parlament eine Lohnsenkung für das SBB-Personal von maximal 1,5 Prozent, beschränkt auf drei Jahre, vorzuschlagen. Die 2'500 am schlechtesten bezahlten SBB-Mitarbeiterinnen (unter 53'000 Franken pro Jahr) sollen davon ausgenommen werden. Der SEV hat diesen Entscheid verurteilt und mit weiteren Aktionen gedroht. Der nächste Termin wird wohl der 26. Oktober sein, wenn in Bern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegen Lohnabbau und für einen zeitgemässen „Service public“ demonstrieren wollen.

GBI-Zeitung, 27.8.1996.

SEV > Lohnabbau. Demonstration Bern. GBI-Zeitung, 1996-08-27